

Gegner von Fessenheim brauchen Geduld

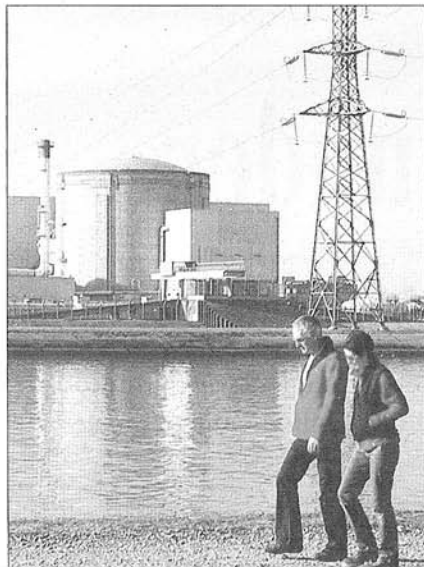
Laut Anwältin wird über die Tras-Klage erst in bis zu drei Jahren entschieden

BASEL (ama). Erdbeben- und Hochwassersicherheit sprechen Fessenheim-Gegner dem ältesten französischen Atommeiler schon lange ab. Corinne Lepage, Anwältin und ehemalige französische Umweltministerin klagt unter Berufung an noch weitere Normen, die das AKW in Fessenheim ihres Erachtens nicht einhält. Im Auftrag des trinationalen Atomschutzverbands Tras, in dem 60 Gemeinden, Institutionen und Bürger aus Deutschland, der Schweiz und Frankreich organisiert sind, hat Lepage im Juli gegenüber Frankreichs Premier und den Ministern für Wirtschaft und Umwelt geklagt. Und jetzt will sie sich auch an die Europäische Kommission wenden.

In der Tras-Jahresversammlung in Basel stellte Martin Koller, Erdbebenspezialist aus Genf, seine Studie vor, die er im Auftrag der Kantone Basel-Stadt und Jura zu Fessenheim erstellt hatte. Zwar kommt er zum Ergebnis, dass die Erdbebengefährdung von AKW-Betreiber EdF (Electricité de France) signifikant unterschätzt werde. Doch zugleich ist nach seiner Auffassung auch die Verletzbarkeit des Kraftwerks deutlich geringer als bisher angenommen. Es komme deshalb auf eine weitere Detailüberprüfung an.

Die Pariser Anwältin, die bereits im Kampf gegen den schnellen Brüter Creys-Malville bei Lyon erfolgreich war, schreckt Kollers unklares Ergebnis zur

Erdbebengefährdung nicht. Sie hat genug weitere Pfeile im Köcher. Abgesehen von immer neuen Zwischenfällen würden in Fessenheim weder alle flüssigen und gasförmigen Emissionen differenziert gemessen, wie es Vorschrift sei, noch halte sich EdF an die vorgeschriebenen Mindesttemperaturen für die Rheinerwärmung durch das Abwasser. Von einem Tag auf den anderen sei allerdings weder mit Reaktionen des angerufenen französischen Staats- noch des Europarats zu rechnen, so die Tras-Anwältin. Für die Prozedur vor dem französischen Conseil d'Etat rechnet sie mit zwei bis drei Jahren, mit ein bis zwei vor der Europäischen Kommission.



Auch die EU-Kommission soll sich mit der Sicherheit des AKW Fessenheim befassen.

FOTO: MICHAELIS